



September 2009

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage	1
Analyse	3
Zusammenfassung.....	4
Bundesbürger erwarten von Dreifachwahl keinen Schub für die SPD.....	5
Sonntagsfrage: FDP gibt 1 Punkt ab, die Linke legt 1 Punkt zu	6
Mehrheit gegen Fortbestand der Großen Koalition	8
Parteienkompetenzen: Union auf Wirtschaftsfeldern vorn, SPD gewinnt leicht an Wirtschaftsprofil.....	10
Politikerzufriedenheit: Merkel an der Spitze, Steinmeier erneut auf Platz vier .	12
Kanzlerpräferenz: Steinmeier holt auf	14
Größte SPD-Probleme: Erbe der Sozialstaatsreformen und Fehlen überzeugender Programmziele	15
Größte Unions-Probleme: vernachlässigte Arbeitnehmerinteressen, Auseinanderdrift von Arm und Reich, unklare Regierungsziele.....	16
SPD-Absage an Zusammenarbeit mit Linkspartei spaltet Ost und West.....	17
Unsicherheit über SPD-Koalitionslinie gegenüber der Linkspartei	18

Untersuchungsanlage

ARD - DeutschlandTREND September 2009

Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und sechs Tageszeitungen

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	31. August bis 02. September 2009	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	 030/533 22 - 113  0228/329 69 - 3

Berlin, September 2009
67.10.105457

Analyse

Zusammenfassung

Der Ausgang der Landtagswahlen am vergangenen Wochenende wird von der SPD-Spitze als positives Signal für die bevorstehende Bundestagswahl gewertet. Die Mehrheit der Bundesbürger ist skeptisch, dass es für die SPD im Bund aufwärts gehen wird. In der aktuellen politischen Stimmung zeigt sich unmittelbar keine positive Veränderung für die SPD. Die Union liegt wie in der Vorwoche unverändert bei 35 Prozent Stimmenanteil, während die SPD auf 23 Prozent verharrt. Die FDP gibt zur Vorwoche 1 Punkt ab und käme auf 14 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 13 Prozent (+/-0). Die Linke legt zur Vorwoche 1 Punkt zu und hätte derzeit 11 Prozent in Aussicht. Alle anderen Parteien würden zusammen 4 Prozent Stimmenanteil erzielen. Unter diesen Mehrheitsverhältnissen könnte die Union ein Bündnis mit der FDP eingehen. Allerdings hat Schwarz-Gelb binnen dreier Wochen 3 Punkte eingebüßt. Ein Regierungswechsel wird von den Deutschen dennoch prinzipiell erwünscht. Die Mehrheit spricht sich nach vier Jahren schwarz-roter Regierung gegen einen Fortbestand der großen Koalition (62 Prozent) aus.

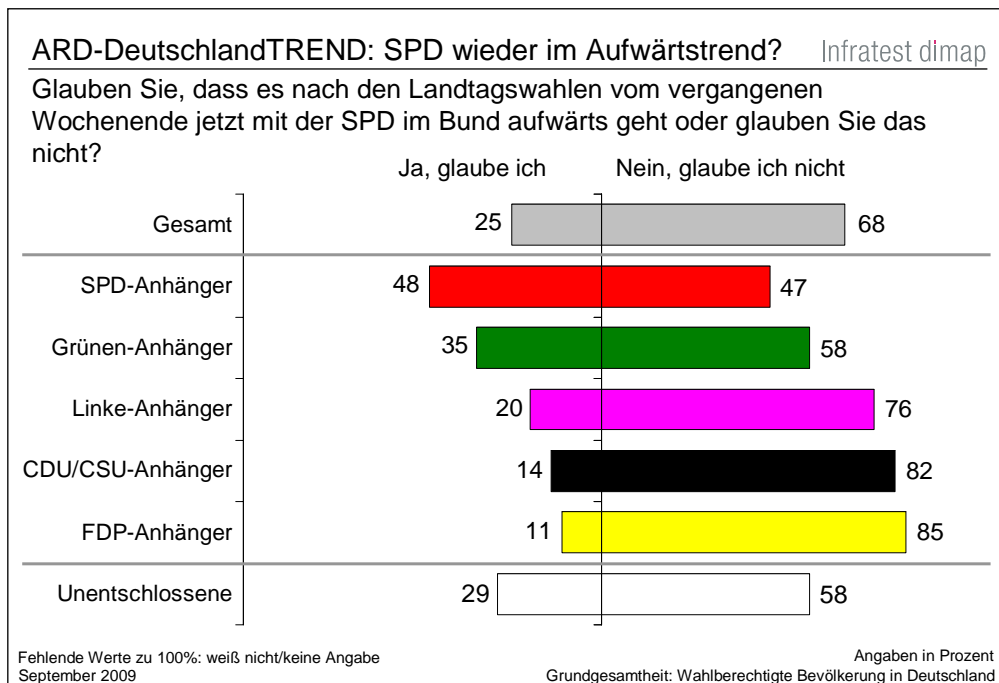
Die Bürger selbst sehen als derzeit größtes Problem der SPD einerseits das Fehlen überzeugender Programmziele im aktuellen Deutschlandplan, andererseits das Erbe der von ihr initiierten Sozialstaatsreformen in Gestalt der Agenda 2010 und der Rente ab 67. Dass die Union wiederum weit vom Wählerückhalt früherer Bundestagswahlen entfernt ist, ist aus Bürgersicht in erster Linie darin begründet, dass die Union Sorgen und Ansprüche der Arbeitnehmer aus dem Blick verloren hat und dem Auseinanderdriften von Arm und Reich wenig entgegen zu setzen weiß. Kritisiert wird auch, dass sie sich hinsichtlich ihrer Regierungsziele für die Zeit nach der Bundestagswahl insgesamt bedeckt hält.

Der Ausgang der Wahlen im Saarland und in Thüringen hat das Verhältnis zwischen SPD und Linken im Bund erneut auf die Tagesordnung gesetzt. Über die Hälfte der Bundesbürger unterstützt die Haltung der SPD, sich auf Koalitionen mit der Linken im Bund grundsätzlich nicht einzulassen. Während allerdings im Westen die Absage an ein Bündnis mit der Linken mehrheitlich Beifall findet, stößt sie im Osten auf Ablehnung. Ob die SPD bei einer Mehrheit im Bundestag tatsächlich bei ihrer offiziellen Koalitionslinie gegenüber der Linken bleibt, wird von jedem zweiten Bundesbürger in Frage gestellt. Trotz der Bekräftigung ihres bisherigen Kurses sind die Zweifel an der offiziellen Koalitionslinie der SPD gewachsen.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom September, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von sechs Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 31. August bis 02. September 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

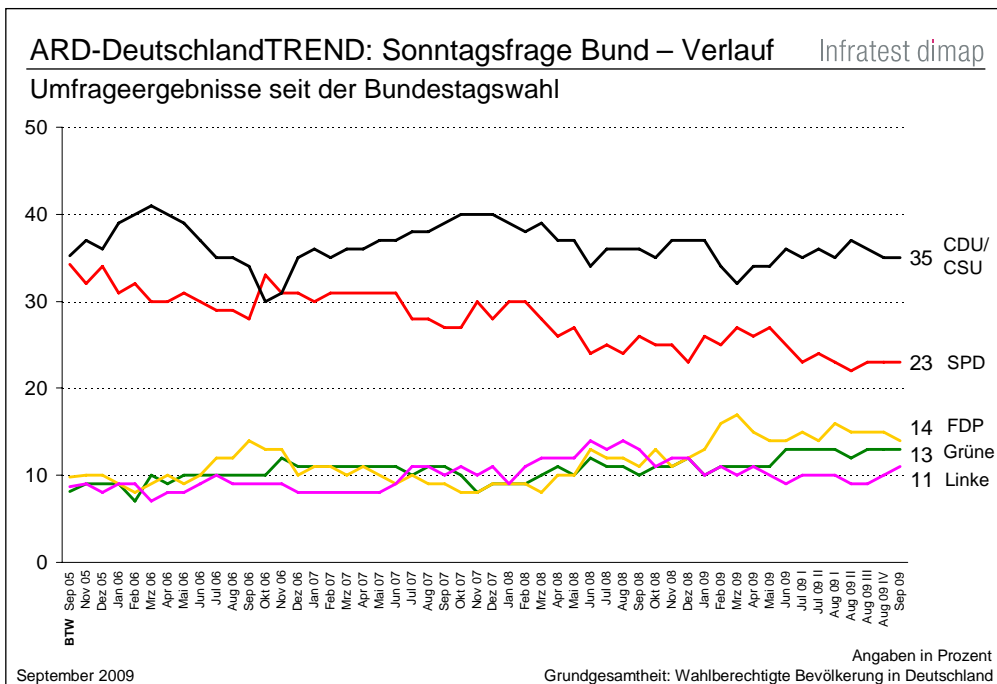
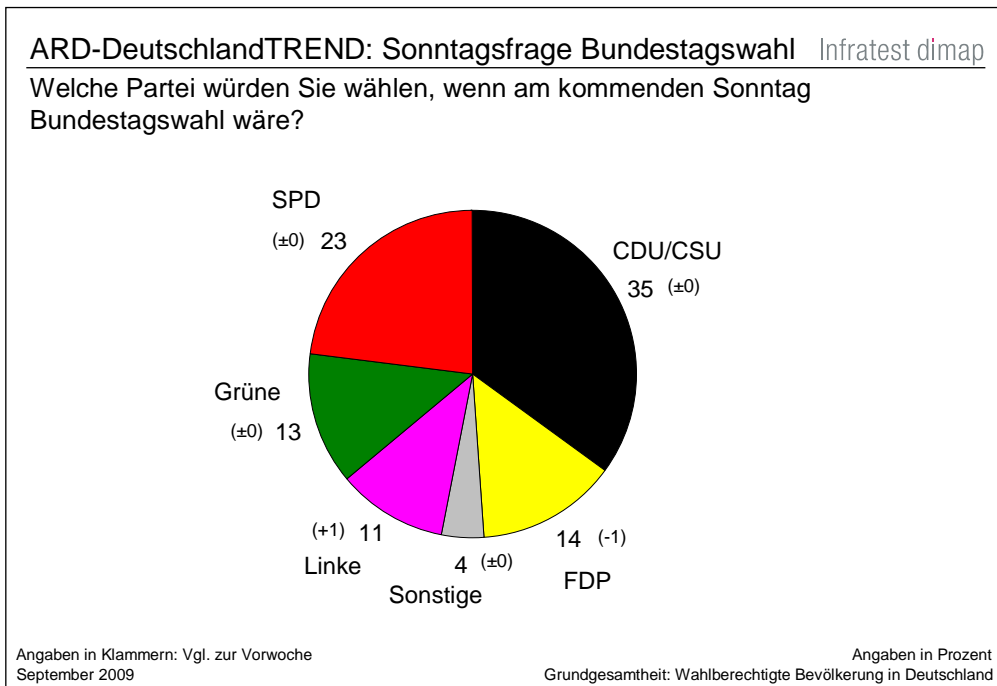
Bundesbürger erwarten von Dreifachwahl keinen Schub für die SPD

Der Ausgang der Landtagswahlen im Saarland, in Thüringen und Sachsen am vergangenen Wochenende wird von der SPD als positives Signal für die bevorstehende Bundestagswahl und Wende gewertet. Sieben von zehn Bundesbürgern (68 Prozent) sind skeptisch, dass es nach den Urnengängen in den drei Bundesländern für die SPD im Bund aufwärts gehen wird. In den Reihen von Union (82:14 Prozent), FDP (85:11 Prozent), Linkspartei (76:20 Prozent) und Grünen (58:35 Prozent) überwiegen die Zweifel an einem bevorstehenden SPD-Endspurt. Bei den SPD-Anhängern schöpft immerhin jeder Zweite (48 Prozent) nach dem letzten Wahlsonntag Hoffnung auf eine Aufholjagd seiner Partei.



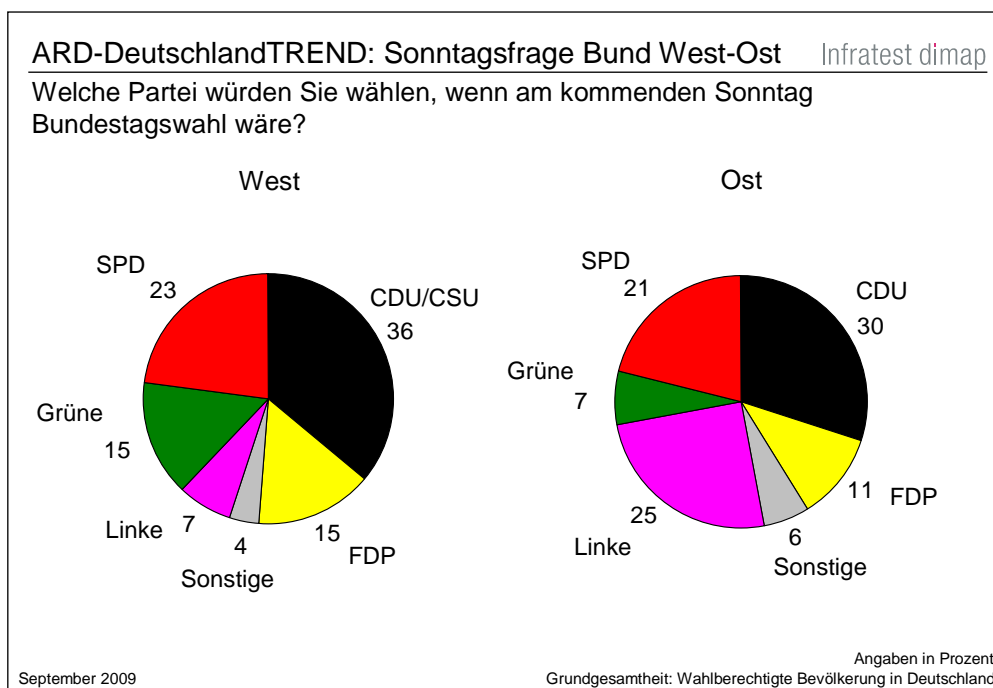
Sonntagsfrage: FDP gibt 1 Punkt ab, die Linke legt 1 Punkt zu

In der aktuellen politischen Stimmung zeigt sich nach den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und im Saarland unmittelbar keine positive Veränderung für die Sozialdemokraten. Die Union liegt wie in der Vorwoche unverändert bei 35 Prozent Stimmenanteil, während die SPD auf 23 Prozent verharret. Die FDP gibt zur Vorwoche 1 Punkt ab und käme auf 14 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 13 Prozent (+/-0).



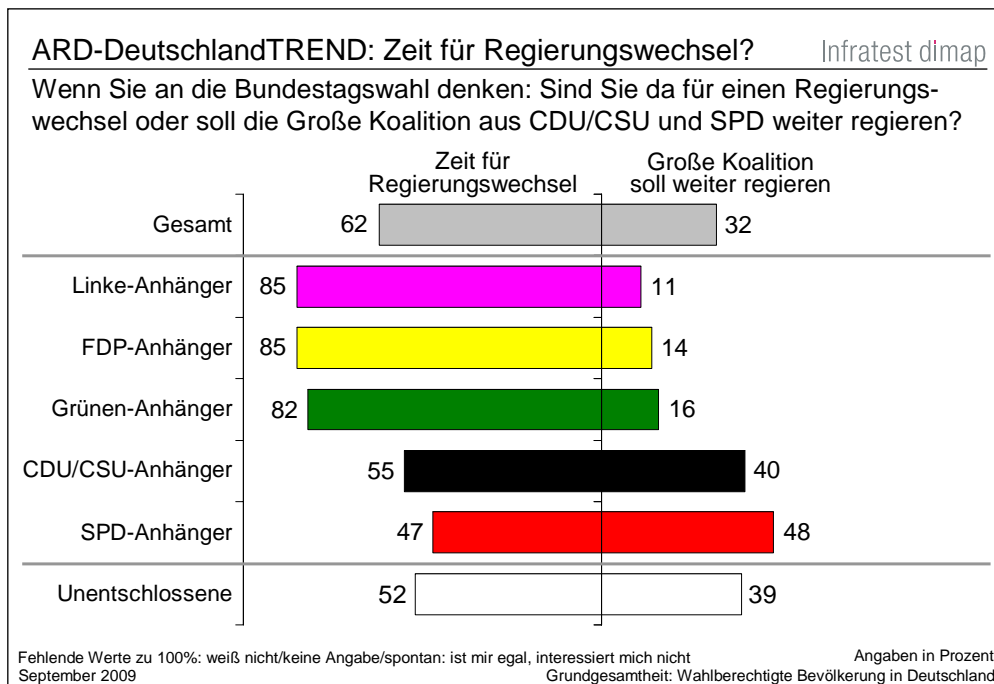
Die Linke legt im Vergleich zur Vorwoche 1 Punkt zu und hätte derzeit 11 Prozent in Aussicht. Alle anderen Parteien würden zusammen 4 Prozent Stimmenanteil erzielen. Wäre dies das Ergebnis der Bundestagswahl, würde neben einer großen Koalition auch ein Bündnis aus Union und FDP über die notwendige Mehrheit der Bundestagsmandate verfügen. Binnen dreier Wochen hat Schwarz-Gelb allerdings 3 Punkte verloren.

Wie in Deutschland insgesamt bleiben CDU und SPD in den **alten Bundesländern** unverändert und hätten wie in der Vorwoche 36 bzw. 23 Prozent in Aussicht. Die FDP büßt 1 Punkt ein und käme auf 15 Prozent der Stimmen. Die Grünen verbessern sich im Westen um 1 Punkt auf 15 Prozent, die Linke bleibt bei 7 Prozent. In den **neuen Bundesländern** bleibt die Union wie in der Vorwoche bei 30 Prozent, die SPD gibt 1 Punkt ab und käme auf 21 Prozent. Die Linke verbessert sich im Osten um 2 Punkte und hätte 25 Prozent in Aussicht. Während die FDP wie in der Vorwoche 11 Prozent erreichen würde, kämen die Grünen nach leichten Einbußen auf 7 Prozent (-1).



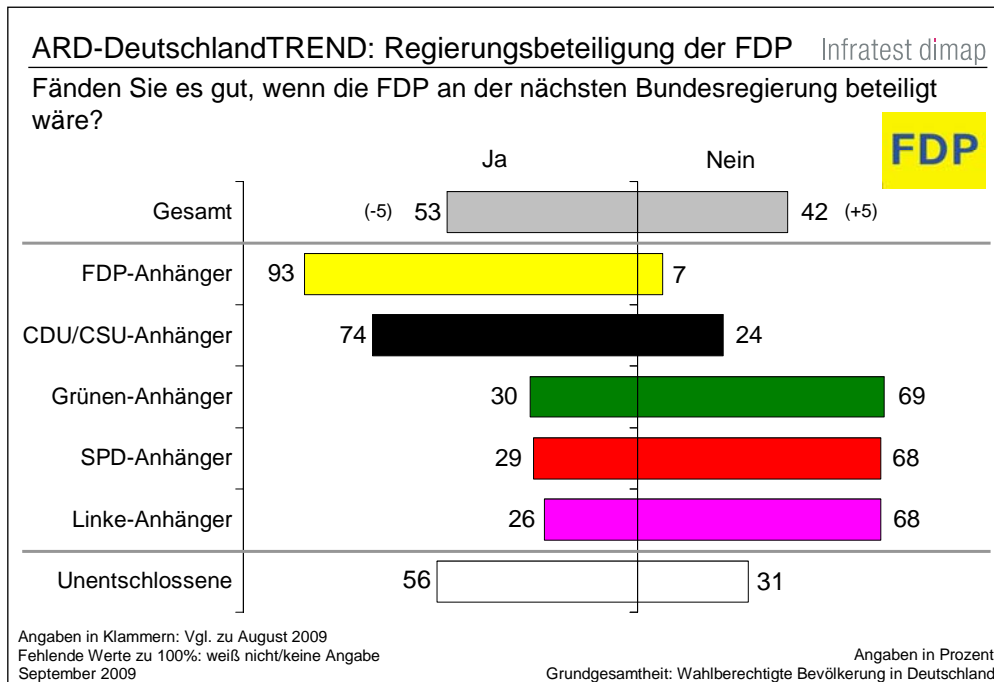
Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Der Anteil der unentschlossenen bzw. unentschiedenen Wahlberechtigten liegt bei knapp 30 Prozent. Die Verunsicherung ist nach wie vor insbesondere bei früheren SPD-Wählern überdurchschnittlich groß. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

Mehrheit gegen Fortbestand der Großen Koalition



Die Mehrheit der Deutschen spricht sich nach vier Jahren schwarz-roter Regierung gegen einen Fortbestand der großen Koalition (62 Prozent) aus, drei von zehn (32 Prozent) sind für deren Fortsetzung.

Eindeutig für eine Beendigung der jetzigen Koalition plädieren die Anhänger der Oppositionsparteien FDP, Linke (jeweils 85 Prozent) und Grüne (82 Prozent). In den Reihen der Union überwiegt zwar ebenfalls der Wunsch nach einem Regierungswechsel (55 Prozent), immerhin vier von zehn Unions-Anhänger (40 Prozent) sprechen sich jedoch dagegen aus. Die SPD-Anhänger sind drei Wochen vor der Wahl in der Wechselfrage gespalten.



Eine Beteiligung der FDP an der nächsten Bundesregierung findet bei jedem zweiten Bundesbürger (53 Prozent) Zuspruch, vier von zehn (42 Prozent) fänden dies nicht so gut. Im August sprachen sich noch 58 Prozent für eine Regierung unter Beteiligung der FDP nach dem 27. September aus. Während in den Reihen von Union und FDP fast durchweg eine Regierungsbeteiligung der Liberalen positiv bewertet wird, wird ein FDP-Eintritt in die Koalition von den Anhängern der SPD, der Grünen und der Linken mehrheitlich kritisch beurteilt.

Parteienkompetenzen: Union auf Wirtschaftsfeldern vorn, SPD gewinnt leicht an Wirtschaftsprofil

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen I		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Die Wirtschaft in Deutschland voranbringen.	46 (-2)	16 (+4)	12 (±0)	2 (±0)	3 (-1)	20 (-2)
Die aktuelle Wirtschaftskrise und deren Folgen bewältigen.	43 (-5)	17 (+4)	7 (+1)	3 (+1)	2 (±0)	27 (-1)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.	36 (-4)	22 (+2)	7 (±0)	4 (+2)	6 (+3)	24 (-2)
Die Altersversorgung langfristig sichern	33 (+5)	23 (-1)	6 (+2)	7 (+3)	4 (+1)	26 (-9)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Juli 2009 KW 31
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 September 2009

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

ARD-DeutschlandTREND: Parteikompetenzen II		Infratest dimap				
Ich nenne Ihnen jetzt einige ausgewählte politische Aufgaben. Bitte sagen Sie mir jeweils, welcher Partei Sie am ehesten zutrauen, diese Aufgabe zu lösen.						
Höchster Wert fett gedruckt	CDU/CSU	SPD	FDP	Linke	Grüne	Keiner Partei/ weiß nicht
Eine gute Steuerpolitik betreiben.	24 (-1)	22 (+3)	19 (+3)	7 (+3)	4 (+1)	23 (-7)
Sich in der Krise am ehesten um die Arbeitnehmer kümmern.	23 (-3)	36 (±0)	5 (±0)	13 (+4)	4 (+1)	18 (-2)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen.	22 (+1)	33 (+2)	7 (-1)	15 (+5)	7 (-2)	14 (-5)
Eine gute Umweltpolitik betreiben.	13 (-3)	6 (-2)	2 (-1)	1 (-1)	67 (+9)	11 (±0)

Angaben in Klammern: Vgl. zu Juli 2009 KW 31
 Fehlende Werte zu 100%: keine Angabe/andere Partei
 September 2009

Angaben in Prozent
 Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland

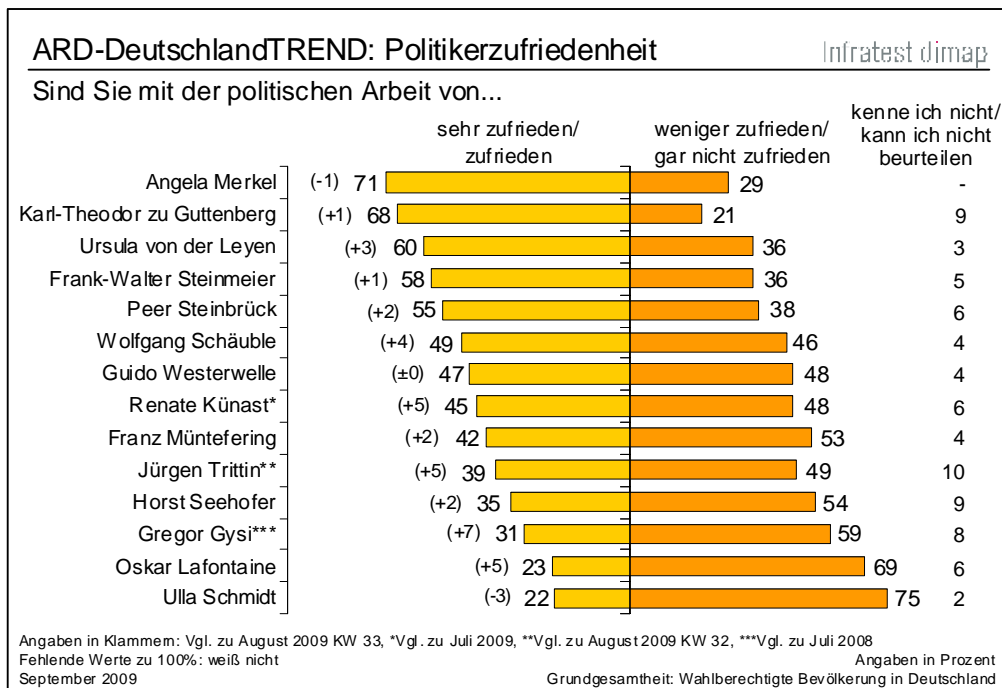
Sachpolitisch basiert die Stärke der Union weiterhin auf einem deutlichen Vertrauen der Bürger in die Wirtschaftskompetenz. Hier (46 Prozent, -2), aber auch in der Bewältigung der aktuellen Krise überzeugt sie die Bundesbürger auch Anfang September wie keine zweite Partei. Allerdings büßt sie hinsichtlich ihrer Krisenkompetenz (43 Prozent, -5), ebenso wie bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen an Vertrauen ein (36, -4).

Profitieren kann hiervon die SPD. Sowohl in Wirtschaftsfragen (16 Prozent, +4) als auch in der Krisenpolitik (17 Prozent, +4) überzeugt sie etwas mehr Bürger als noch im Juli, bleibt jedoch jeweils deutlich hinter den Unionswerten zurück. Ihren Kompetenzschwerpunkt besitzt die SPD weiterhin in der Gerechtigkeitsfrage (33 Prozent) und beim Einsatz für Arbeitnehmerinteressen (36 Prozent) – beides Felder, auf denen allerdings auch die Linkspartei (15 Prozent, +5 bzw. 13 Prozent, +4) aktuell mehr denn je zu punkten weiß. Die FDP genießt vergleichsweise großes Vertrauen in der Wirtschaftspolitik (12 Prozent), mehr noch aber in der Steuerpolitik, wo sie mit 19 Prozent kaum weniger Erwartungen weckt als CDU (24 Prozent) bzw. SPD (22 Prozent). Die Grünen besetzen stärker denn je das Thema Umwelt (67 Prozent, +9) für sich, verfügen aber auch in der Sozial- (7 Prozent) und Arbeitsmarktpolitik (6 Prozent) über erkennbare Vertrauenswerte.

Politikerzufriedenheit: Merkel an der Spitze, Steinmeier erneut auf Platz vier

Wie im „ARD-DeutschlandTREND extra“ vor drei Wochen wird die Rangliste der beliebtesten Politiker Deutschlands derzeit von der Union angeführt. Der Außenminister und Kanzlerkandidat der SPD Frank-Walter Steinmeier folgt auf Platz 4. Deutlich zulegen können die beiden Spitzenkandidaten der Grünen Renate Künast und Jürgen Trittin sowie die Vorsitzenden der Linkspartei Gregor Gysi und Oskar Lafontaine.

Die Arbeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel findet nach wie vor die größte Zustimmung in der Bevölkerung: 71 Prozent (-1 Punkt) der Deutschen bewerten ihre politische Arbeit positiv. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg wie auch Ursula von der Leyen legen leicht zu (+1 Punkt bzw. +3 Punkte) und behaupten mit 68 Prozent bzw. 60 Prozent die Plätze 2 und 3. Mit ebenfalls leichten Zugewinnen (+1 Punkt) liegt Außenminister Frank-Walter Steinmeier als bester SPD-Politiker auf Platz 4. Er erhält von 58 Prozent der Deutschen eine positive Bewertung.



Die Kabinettsmitglieder Peer Steinbrück (55 Prozent, +2 Punkte) und Wolfgang Schäuble (49 Prozent, +4 Prozent) werden ebenfalls wohlwollender beurteilt als im letzten DeutschlandTREND extra und liegen im Mittelfeld der Politikerrangliste. Guido Westerwelle kann wie zuletzt 47 Prozent der Deutschen mit seiner politischen Arbeit überzeugen (±0, mit 48 Prozent fallen bei ihm die kritischen Urteile aber ebenso hoch aus.

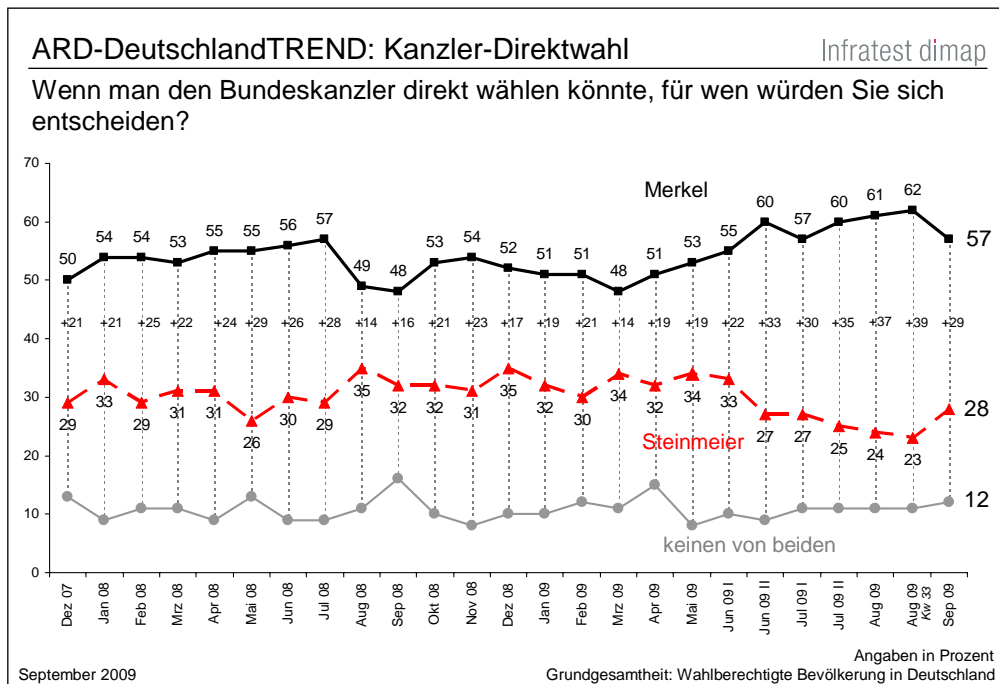
Noch vor Franz Müntefering (42 Prozent, +2 Punkte), rangiert derzeit Renate Künast in der Liste der beliebtesten Politiker, die 5 Punkte zulegt und von 45 Prozent positiv beurteilt wird. Ihr bester im ARD-DeutschlandTREND gemessen

Wert sei Juni 2008, als 48 Prozent der Deutschen zufrieden mit ihrer Arbeit waren. Auch der zweite Spitzenkandidat der Grünen, Jürgen Trittin, überzeugt derzeit mehr Deutsche von seiner Arbeit als im August (+5 Punkte) und liegt mit 39 Prozent am Ende des Mittelfelds. Er verbucht damit seinen besten Wert seit September 2002 als er 42 Prozent Zustimmung erreichte.

Mit einigem Abstand folgt der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (35 Prozent). Deutlich zulegen können die Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei Gregor Gysi (+7 Punkte) und Oskar Lafontaine (+5 Punkte), die 31 bzw. 23 Prozent mit ihrer Arbeit überzeugen. Die Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (22 Prozent) verliert nach der Diskussion über den Einsatz ihres Dienstagwagens an ihrem Urlaubsort in Spanien weiter an Zustimmung und ist unter den abgefragten Politikern derzeit das Schlusslicht.

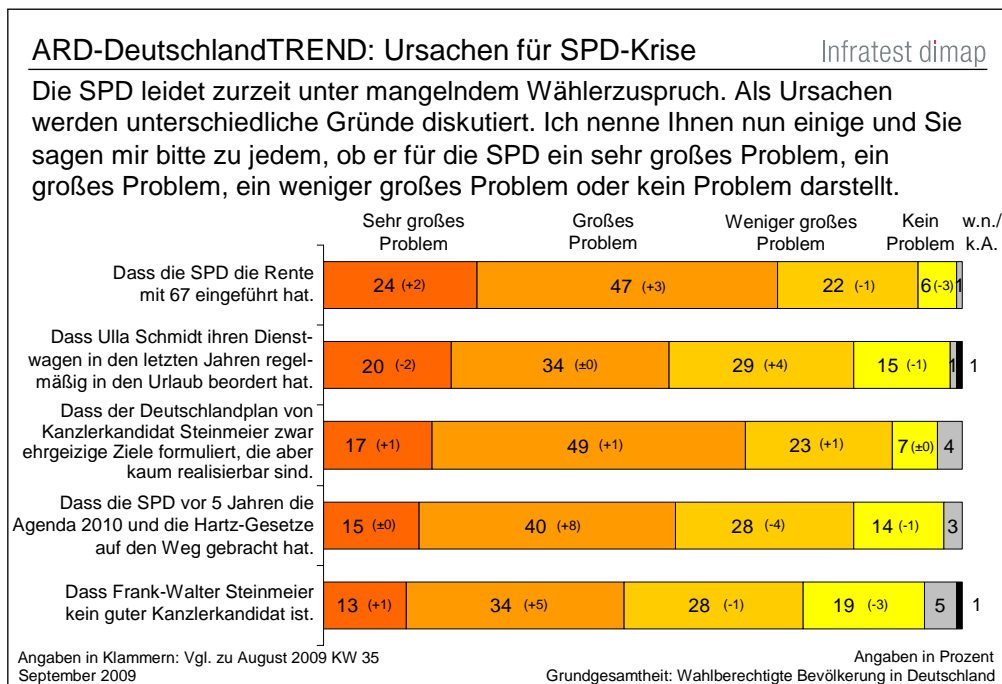
Kanzlerpräferenz: Steinmeier holt auf

Die Popularität der CDU-Vorsitzenden spiegelt sich weiterhin in der Kanzlerpräferenz der Deutschen: 57 Prozent sprechen sich mit Blick auf das Amt des Bundeskanzlers für die Amtsinhaberin, 28 Prozent für den Herausforderer von der SPD aus. Allerdings hat der Vorsprung von Angela Merkel binnen dreier Wochen abgenommen. Anfang August unterstützten noch 62 Prozent eine erneute Kanzlerschaft Merkels, während sich 23 Prozent für Frank Walter Steinmeier aussprachen. Steinmeier kann gegenüber August vornehmlich im eigenen Lager punkten.



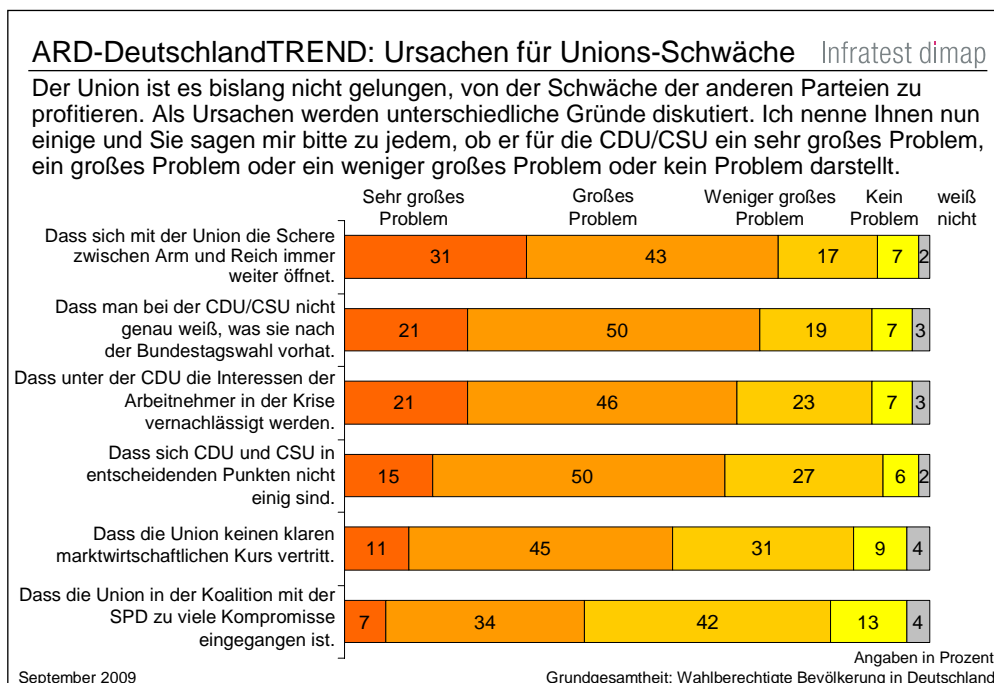
Größte SPD-Probleme: Erbe der Sozialstaatsreformen und Fehlen überzeugender Programmziele

Zwar liegt Frank Walter Steinmeier in der Politikerzufriedenheit und der Kanzlerpräferenz zurück, die Bundesbürger selbst sehen die derzeitigen Probleme der deutschen Sozialdemokratie allerdings nicht in erster Linie im Personal der Partei begründet. Nach Ansicht der Wahlberechtigten ist weniger die Person des SPD-Spitzenkandidaten (47 Prozent) oder das Verhalten von Ulla Schmidt (54 Prozent) in der sogenannten Dienstwagenaffäre entscheidend für die gegenwärtig schwierige Lage der deutschen Sozialdemokraten. Als weitaus gravierender für die Partei werden auf der einen Seite das Fehlen überzeugender Programmziele im aktuellen Deutschlandplan (66 Prozent) betrachtet. Auf der anderen Seite sieht man die SPD weiterhin massiv belastet durch die von ihr initiierten Sozialstaatsreformen in Gestalt der Agenda 2010 (55 Prozent), mehr noch aber der Rente ab 67 (71 Prozent).



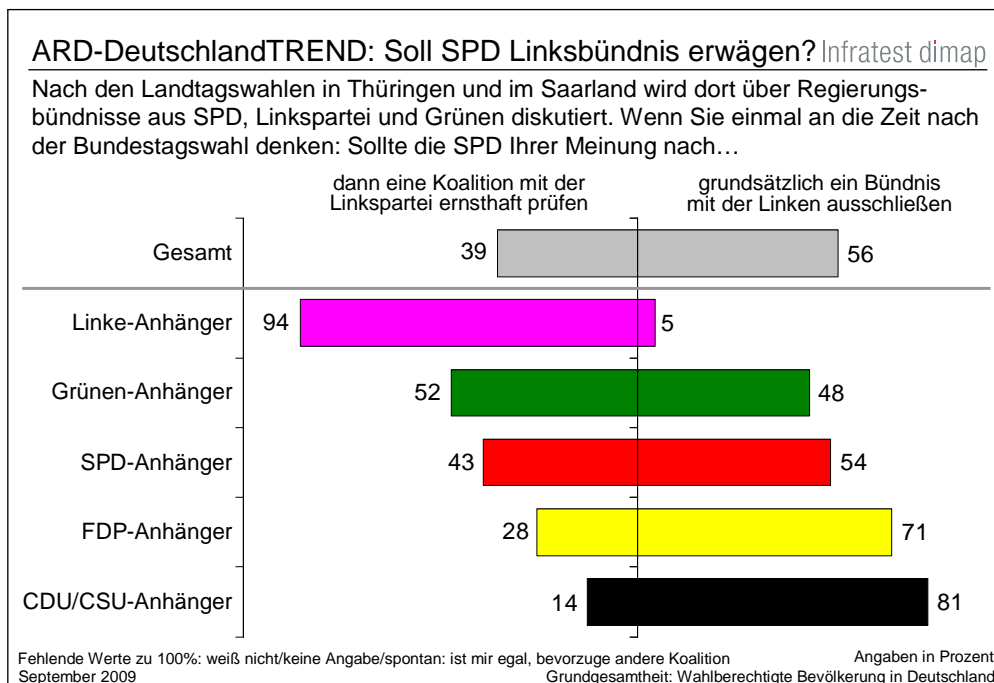
Größte Unions-Probleme: vernachlässigte Arbeitnehmerinteressen, Auseinanderdrift von Arm und Reich, unklare Regierungsziele

Trotz ihres deutlichen Vorsprungs auf die SPD in der aktuellen bundespolitischen Stimmung ist die Union weit von dem Wählerückhalt entfernt, den sie bis in die erste Hälfte der 1990er Jahre bei Bundestagswahlen erzielen konnte. Die Bürger selbst sehen die Begründung hierfür weniger in der derzeitigen großen Koalition (41 Prozent) oder dem Fehlen eines prononciert marktwirtschaftlichen Kurses der Partei (56 Prozent). Auch werden Probleme nicht in erster Linie in Differenzen zwischen den beiden Unions-Schwesterparteien (65 Prozent) ausgemacht. Als weitaus relevanter für das Verfehlen früherer Wahlergebnisse ist aus Bürgersicht, dass die Union Ansprüche und Sorgen aus dem einfachen und mittleren Arbeiter- und Angestelltenbereich nicht adäquat berücksichtigt: d.h. Arbeitnehmerinteressen in der Krise vernachlässigt (67 Prozent) und dem Auseinanderdriften einer als ohnehin ungerecht bewerteten Gesellschaft nur wenig entgegen zu setzen weiß (74 Prozent). In ähnlichem Umfang wird darüber hinaus problematisiert, dass sich die Union mit ihren Zielen für die Zeit nach der Bundestagswahl weitgehend bedeckt hält (71 Prozent).



SPD-Absage an Zusammenarbeit mit Linkspartei spaltet Ost und West

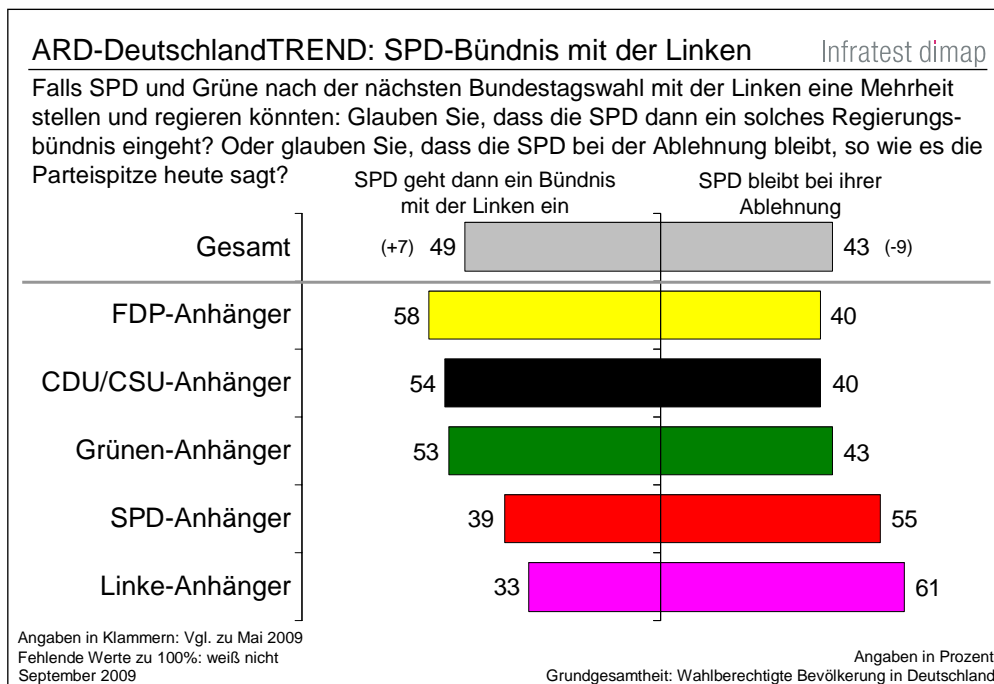
Zwar verfügt Schwarz-Gelb in der aktuellen bundespolitischen Stimmung eine Mehrheit, die Möglichkeit von Landesregierungen unter Einschluss der Linkspartei im Saarland und in Thüringen hat das Verhältnis zwischen SPD und Linken im Bund jedoch neu auf die Tagesordnung gesetzt. Über die Hälfte der Bundesbürger (56 Prozent) unterstützt die Haltung der SPD, sich auf Koalitionen mit der Linken im Bund grundsätzlich nicht einzulassen. Vier von zehn (39 Prozent) plädieren allerdings dafür, bei einer entsprechenden Mehrheit eine Koalition unter Einschluss der Linken zu prüfen. Deutlich sind die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern; Im Westen findet die SPD-Ablehnung eines Bündnisses mit der Linken mehrheitlichen Beifall (61 Prozent), im Osten stößt sie dagegen auf Ablehnung (33:59 Prozent).



Die offizielle Absage der SPD an Koalitionen mit der Linken unterstützen mehrheitlich die Anhänger von CDU (81 Prozent) und FDP (71 Prozent), während sich die der Linken (94 Prozent) klar für eine Zusammenarbeit der beiden linken Parteien im Bund stark machen. Die SPD-Anhänger spaltet der SPD-Abgrenzungskurs gegenüber der Linken (pro: 54 Prozent, dagegen: 43 Prozent) ebenso wie die der Grünen (52: 48 Prozent).

Unsicherheit über SPD-Koalitionslinie gegenüber der Linkspartei

Die Bundesbürger sind sich unsicher, ob die SPD bei einer entsprechenden Mehrheit im Bundestag tatsächlich bei ihrer jetzigen Koalitionslinie gegenüber der Linken bleiben wird. Die Hälfte rechnet damit, dass die Sozialdemokraten eine sich bietende Machtoption für ein Bündnis unter Einschluss der Linken auch nutzen würden. Vier von zehn bezweifeln dies. Trotz der Bekräftigung ihres bisherigen Kurses sind die Zweifel an der offiziellen Koalitionslinie der SPD gewachsen.



Mit einer Abkehr von der offiziellen Linie der Sozialdemokraten im Falle einer Mehrheit rechnen die Anhänger von Union, FDP und Grünen. In den Reihen der Linkspartei glaubt man dagegen nicht, dass die SPD von ihrem jetzigen Abgrenzungskurs gegenüber ihrer Partei abgehen wird. In den eigenen Reihen gilt zwar ein Kurswechsel gegenüber der Linkspartei mehrheitlich als ausgeschlossen, immerhin vier von zehn halten einen solchen jedoch nicht für unwahrscheinlich.